



## EUROPÄISCHE KOMMISSION

GENERALDIREKTION BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel  
**Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen**

Brüssel, 10. Mai 2007

### AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN SOZIALEN DIALOG „PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE“ SITZUNG DER ARBEITSGRUPPE

vom 20. März 2007 in Brüssel

### ENTWURF DES PROTOKOLLS

**Vorsitz:**

Herr Dirk HADRICH (GD EMPL/F1)

**Anwesend:**

BENEA	Mihnea	PATROSEC
BOUTELOUX	Alain	FEETS FO (FR)
BROWN	Bill	S.C.I.
COBAS URCELAY	Eduardo	CoESS/APROSER (ES)
HAKALA	Jorma	Verband der Unternehmen für unterstützende Dienstleistungen (FIN)
HARTL	Natascha	Gewerkschaft VIDA (AU)
HELLMOUTH	Joakim	Schwedische Transportarbeitergewerkschaft (SE)
HJELM	Aase	HTF (SE)
JENAL	Leon	OGB-L (LUX)
KALO	Jozsef	MBVMSZ (HU)
LARSSON	Gunnar	Schwedische Transportarbeitergewerkschaft (SE)
LEVY	Claude	COESS
LINDSTRÖM	Markus	ALMEGA (SE)
McMAHON	Kevin	SIPTU (IE)
OORSPRONG	Marjolein	UNI-Europa (BE)
PETRAUSKAS	Gediminas	Litauische Dienstleistungsgewerkschaft (LT)
POSOCHOVAS	Aleksandras	Litauische Dienstleistungsgewerkschaft (LT)
PROIETTI	Fabrizio	FEDERSICUREZZA
RICHTER	Gerald	Verdi (DE)
SARRAF	Chistina	VSOE
SVENOW	Thomas	ALMEGA (SE)
SZEMES	Ference	VSZSZ Gewerkschaft der privaten Sicherheitsbranche (HU)
VAN SAND	Leen	CoESS
WARNECK	Fabrice	UNI-Europa (BE)
WASCHULEWSKI	Wolfgang	BDWS (DE)
ZAIMOVA	Anna	GSENTU (BG)
ZAPLETAL	Radek	UPSS

Der vorgeschlagene Entwurf für die Tagesordnung der Sitzung wird angenommen.

Die Sozialpartner fordern die Kommission auf, eine Taskforce zu CIT einzurichten. Der Gruppe sollten Eduardo Cobas, Francis Ravez (CoESS), Fabrice Warneck (UNI-Europa) und Gunnar Larsson (UNI-Europa) angehören. Als Verhandlungsergebnis solle der Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zur Umstellung von Bargeld auf andere Zahlungssysteme und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen abgefasst werden. Von beiden Seiten lägen Entwürfe vor.

### **1. Umsetzung von Texten des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene. Aussprache auf Grundlage eines Vorschlagsentwurfs**

Eduardo Cobas Urcelay erläutert einige Änderungen an dem früheren Dokument. CoESS würde den praktischen Konsequenzen des Ansatzes zustimmen und eine offene Diskussion begrüßen.

UNI-Europa betont, die Umsetzung der Texte des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene werde vom sozialen Dialog auf nationaler Ebene abhängen, der gefördert werden müsse. Es gelte, die Texte mit Leben zu füllen. Feedback auf nationaler Ebene sollte an den europäischen Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog (ASSD) weitergeleitet werden. UNI-Europa würde eine deutliche Festlegung auf diesen systematischen Ansatz und die Ermittlung von bewährten Verfahren und Umsetzungsmaßnahmen begrüßen. Es sollte ein Jahresbericht ausgearbeitet und in der Vollsitzung verabschiedet werden.

CoESS verweist auf eine laufende Arbeitgeberbefragung. Sie lasse erkennen, dass 55-60 % der Mitglieder die gemeinsamen Dokumente in ihrer täglichen Arbeit verwendet hätten. Die CoESS-Mitglieder wünschen auch eine Festlegung auf die Ermittlung von bewährten Verfahren auf nationaler Ebene, die Vorlage nationaler Kommentare und die Ausarbeitung gemeinsamer Aktionspläne für die Vollsitzungen. Sie sehen auch einen Bedarf an weiteren Leitlinien für Arbeitgeber wie dem Leitfaden zum besten Preis-/Leistungsverhältnis.

UNI-Europa bezweifelt, dass der Leitfaden zum besten Preis-/Leistungsverhältnis gut genug sei. Er sei in einigen Punkten verbesserungsfähig. In diesem ASSD sollten Erfahrungen und bewährte Verfahren ausgetauscht, analysiert und bewertet werden. Zwischen den Ausschusssitzungen müsse mehr Arbeit geleistet werden.

☞ Follow-up: UNI-Europa analysiert und kommentiert das neue von CoESS ausgearbeitete Dokument. Von den Sekretariaten soll ein erster Entwurf eines Vorschlags für das weitere Vorgehen ausgearbeitet werden.

### **2a. Gesundheit und Sicherheit: Stand der branchenübergreifenden Verhandlungen über Gewalt am Arbeitsplatz**

UNI-Europa teilt den bevorstehenden Abschluss der Verhandlungen mit. Es werde jedoch noch kein endgültiges Dokument geben. Der EGB beabsichtige, in den nächsten zwei Tagen über den Text abzustimmen.

Dirk Hadrich ergänzt, die branchenübergreifenden Sozialpartner hätten nach einer Anhörung gemäß Artikel 138 im Dezember 2006 eine autonome Vereinbarung geschlossen. Die Vereinbarung solle am 26. April 2007 gebilligt werden. Sie werde eine weit gefasste Definition der physischen, sexuellen und psychischen Gewalt enthalten. Angestrebt sei, dass die Unternehmen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Belästigung und Gewalt verfolgten und Maßnahmen für den Umgang mit derartigen Fällen vorsähen. Folgende Grundsätze sollten beachtet werden: Schutz der Würde und der Privatsphäre, Unparteilichkeit, faire Behandlung, keine Duldung falscher Anschuldigungen, Hilfe bei der Wiedereingliederung des Opfers und geeignete

Maßnahmen gegenüber dem Täter. Außerdem sollte den Arbeitnehmervertretern eine Rolle in den Verfahren zugedacht werden. Die Vereinbarung werde Gewalt, die von Dritten (z. B. Kunden, Patienten, Studenten, Kriminellen) ausgeübt werde, nicht förmlich aus ihrem Geltungsbereich ausschließen, sich jedoch vornehmlich auf Belästigung und Gewalt seitens Vorgesetzten oder Kollegen konzentrieren. In den Verhandlungen seien beide Seiten übereingekommen, dass Gewalt seitens betriebsfremder Dritter am besten auf sektoraler Ebene behandelt werde, da das Gewaltisiko und die möglichen Formen der Gewalt je nach Art der Tätigkeit verschieden sein könnten. Daher sei es an den sektoralen Sozialpartnern insbesondere der Branchen, in denen es häufig zu Kontakten mit Personen außerhalb des Unternehmens komme, die branchenübergreifende Vereinbarung durch Vertiefung der Diskussion über externe Gewalt und möglicherweise Aufnahme von Verhandlungen zu diesem Thema zu ergänzen.

➤ Follow-up: Die Sozialpartner denken im Einklang mit dem angenommenen Arbeitsprogramm über weitere künftige Maßnahmen zu diesem Thema nach.

## **2b. Gesundheit und Sicherheit: Fragebogen zu Stress**

Die Sozialpartner haben den Fragebogen im Januar 2007 an ihre Mitglieder verschickt. Die Antworten werden vor Ablauf der vorgeschlagenen Frist (30. April 2007) vorliegen. UNI-Europa bestätigt den Eingang einer Antwort der dänischen Mitgliedsorganisation.

➤ Follow-up: Die nationalen Mitglieder beantworten den Fragebogen.

## **3a. Tagungen zum Thema bestes Preis-/Leistungsverhältnis: Bericht über die Veranstaltung in Prag**

Aufgrund der Wetterbedingungen am 25. Januar 2007 habe nur Bulgarien an der Veranstaltung teilnehmen können. Gleichwohl sei die Veranstaltung erfolgreicher als erwartet gewesen und das tschechische Sozialministerium habe seine Unterstützung bekräftigt.

## **3b. Tagungen zum Thema bestes Preis-/Leistungsverhältnis: Aktualisierung zu den Veranstaltungen in Warschau und Berlin**

Die Tagung in Warschau sei für den 17. April geplant. *[Die Tagung wurde nach der ASSD-Sitzung vom 20. März 2007 abgesagt.]*

Die Tagung in Berlin sei für den 19. April geplant. Auf der Tagung wolle man die Ergebnisse zusammenfassen und auf den Leitfaden zum besten Preis-/Leistungsverhältnis aufmerksam machen. Unter anderem werde man über die Auftragsvergabe des Deutschen Bundestags diskutieren, da Zweifel hinsichtlich der Anwendung des Leitfadens bestünden.

## **4. Europäische Studie zur Modernisierung der Arbeitsorganisation**

UNI-Europa erläutert den Hintergrund eines neuen Projekts, für das bei der GD Beschäftigung eine Finanzierung beantragt worden sei. Die Studie werde sich mit den Sektoren „Reinigung“ und „Private Sicherheitsdienste“ befassen, da es in beiden eine Dreiecksbeziehung mit den Kunden gebe. Sie solle die Unterschiede vergleichen und einen Überblick über vorbildliche Verfahren auf Unternehmensebene zur Bewältigung des Wandels liefern.

➤ Follow-up: Die Sozialpartner verfolgen das geplante Projekt weiter.

## **5. Situation der nationalen Mitglieder**

UNI-Europa berichtet über größere Probleme in Polen. Zum Teil würden Löhne von 1,4 EUR gezahlt, die für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreichen. Es gebe Schlupflöcher für die Arbeitgeber, um sich bestimmten Zahlungen für Überstunden zu entziehen, insbesondere dann, wenn die Arbeitnehmer mit zwei Ausweisen arbeiten würden. UNI-Europa möchte ausloten, welche Möglichkeiten der ASSD hätte, diese Probleme zu lösen, und wünscht einen kurzen Meinungsaustausch.

CoESS merkt an, die Ursache für das Bestehen doppelter Verträge könnte in mangelnder staatlicher Kontrolle in Verbindung mit einer strukturellen Besonderheit des polnischen Rechts zu suchen sein.

➤ Follow-up: Die Sozialpartner werden sich organisieren und das Thema weiter verfolgen.

## **6. Mitteilungen der Europäischen Kommission**

Dirk Hadrich erläutert erneut einige kleinere Änderungen an der Geschäftsordnung, die sicherstellen sollten, dass das im Dezember 2006 angenommene Dokument den Rechtsvorschriften entspreche.

## **7. Verschiedenes**

Jorma Hakala erinnert die Mitglieder daran, dass seine Studie „The regulation of manned private security: a transnational survey of structure and focus“ nun auf der CoESS-Website zum Herunterladen bereitstehe: [http://www.coess.org/pdf/article\\_on\\_regulation\\_survey.pdf](http://www.coess.org/pdf/article_on_regulation_survey.pdf).

UNI-Europa schlägt für die nächste Sitzung einen Vortrag eines Experten der GD EMPL zur Arbeitszeit-Richtlinie und ihren Ausnahmeregelungen vor.

Rumänien legt Informationen zu neuen Gesetzen, Standards, Anwendbarkeit und betroffenen Unternehmen und Beschäftigten vor.

### **NÄCHSTE SITZUNGEN:**

23. Mai 2007: Sitzung der CIT-Taskforce

11. Juni 2007: Arbeitsgruppe

28. September 2007: Arbeitsgruppe

29. November 2007: Vollsitzung